brennendsten Fragen zu sagen

Was muss Bern tun, damit das Wohnen in dieser Stadt bezahlbar bleibt?

Die Stadt Bern macht heute vieles richtig. Es werden bezahlbare Wohnungen gebaut und mehr Boden der Spekulation entzogen. Diesen Weg müssen wir weitergehen. Gleichzeitig braucht es gezielte Massnahmen, damit das Mietrecht eingehalten wird und die Mieten bezahlbar bleiben.

Die Stadt sollte möglichst viel Boden und Häuser kaufen und selber günstige Wohnungen bauen und vermieten. So können wir mehr Immobilien der Spekulation entziehen. Zudem braucht es eine Mietzinskontrolle bei Sanierungen, damit die Mieten nicht weiter exponentiell steigen.

Die Stadt sollte eine gute Mischung zwischen genossenschaftlichen, privaten und städtischen Trägerschaften finden. Eine Mietzinskontrolle wäre sinnvoll. Und mit den neuen Überbauungen muss es jetzt vorwärtsgehen – dabei sollen Standards bei Neubauten gesenkt werden.

Unsere aktive Wohnbaupolitik sollten wir weiterführen und die hängigen Vorhaben im Viererfeld oder im Gaswerkareal nun rasch realisieren. Wir brauchen starke Wohnbaugenossenschaften und private Wohnbauträger, die – auch dank der Wohninitiative – günstigen Wohnraum schaffen.

Teuer ist das begrenzte Gut – die Wohnfläche. Leider war die Bautätigkeit besonders hoch zu einer Zeit, als man Wohnungen mit schlechter Wohnflächeneffizienz baute. Heutiges Bauen muss vermehrt hohe Lebensqualität mit hoher Bevölkerungsdichte ermöglichen.

Es gilt, sicherzustellen, dass schneller, höher und verdichteter gebaut werden kann. Zusätzlicher Wohnraum ist das beste Mittel gegen steigende Mieten.

Wohnungsbau schafft zusätzlichen Wohnraum und lindert den Mangel. Die Wohninitiative stellt sicher, dass ein Drittel der neuen Wohnungen bezahlbar ist. Die Stadt setzt auf ihren eigenen Arealen auf bezahlbaren Wohnraum.

Die Stadt muss mit Wohnbaugenossenschaften und privaten Investoren kooperieren. Die rot-grüne Politik stellt private Anbieter pauschal als Ausbeuter dar. Aber der Feind ist der Wohnraummangel, nicht die Investoren. Wir werden die Zusammenarbeit fördern.

Es muss ganz einfach mehr gebaut werden, damit ein grösseres Angebot an Wohnraum entsteht. Dafür müssen jedoch Baubewilligungsverfahren vereinfacht, unnötige Hürden abgebaut und die Steuerlast gesenkt werden.

Braucht es nach der Cannabis-Studie einen Kokain-Versuch auf kommunaler Ebene?

Ich bin im Grundsatz für die Cannabis-Legalisierung. Die Cannabis-Studie habe ich deshalb immer unterstützt. Kokain ist mit Cannabis nicht zu vergleichen. Den Kokain-Versuch lehne ich deshalb ab.

Ja. Ich bin für eine Entkriminalisierung sämtlicher Substanzen. Prohibition führt zu verunreinigtem Stoff, zu brutaler Gewalt auf den Handelswegen und erschwert wirkungsvolle Prävention, weil versteckt konsumiert werden muss.

Nein, unsere Gesellschaft muss Sinnhaftigkeit, Gemeinschaftsgefühl und Gesundheit fördern, damit weniger Drogen konsumiert werden. Insbesondere die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss im Fokus stehen und gefördert werden.

Repression hat wenig gebracht. Wir sollten neue Wege in der Suchtpolitik gehen und vernünftige Rahmenbedingungen schaffen – etwa durch eine kontrollierte Kokainabgabe. Kokain ist nicht zu unterschätzen, es kann schwerwiegende Nebenwirkungen auslösen.

Handlungsbedarf ist gegeben: Kokain ist nach Cannabis die illegale Droge, die am meisten konsumiert wird. In der Schweiz ist der Konsum hoch. Es ist deshalb richtig, wenn sich die Stadt Bern mit den anderen Schweizer Städten koordiniert.

Nein. Solche Projekte kann sich die Stadt Bern in der aktuellen finanziellen Schieflage schlicht nicht leisten. Zudem fallen solche Versuche nicht in den Aufgabenbereich von Gemeinden.

Ja. Der Kokainmarkt ist der grösste Drogenmarkt. Illegale Drogen sind immer in den Händen von Mafias. Regulierung ist besser als zahnlose Prohibition. Vielleicht erfolgt mittels Regulierung beim Kokain ein ähnlicher Durchbruch wie einst beim Heroin?

Nein, Betäubungsmittel fallen in die Kompetenz des Bundes. Die Stadt Bern sollte sich auf die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels konzentrieren, um besonders Kinder und Jugendliche zu schützen.

Würde die Stadt Bern finanziell besser dastehen, könnte man darüber diskutieren. Unter den aktuellen Umständen lehne ich einen solchen Versuch aus Kostengründen jedoch klar ab.

Braucht es eine Videoüberwachung vor der Reitschule?

Ich bin gegen jegliche Videoüberwachung auf öffentlichem Grund. Denn sie erhöht die Sicherheit nicht. Das belegen zahlreiche Studien.

Die Frage zielt wohl auf Gewaltvorfälle ab. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Videoüberwachung keinen präventiven Effekt hat und Gewalt nicht verhindern kann. Deshalb nein. Es wäre zudem grundrechtlich höchst problematisch, alle Menschen vor der Reitschule zu überwachen.

Wenn Sicherheitsdienst und Schutzmobil nicht ausreichen, damit man sich im Raum Schützenmatte sicher fühlen kann, braucht es weitere Massnahmen. Videoüberwachung ist aber ein sehr starker Eingriff, der nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen soll.

Nein. Die Stadt hat jüngst auf der Schützenmatte die Beleuchtung verbessert, einen sicheren Rückzugsraum geschaffen, unübersichtliche Ecken entrümpelt und einen privaten Sicherheitsdienst engagiert. Videoüberwachung bringt nicht mehr Sicherheit.

Videoüberwachung ist kein geeignetes Mittel, um Probleme in den Griff zu bekommen. Besser sind eine gepflegte Zusammenarbeit mit der Reitschule, angemessene Betreuung durch Sicherheitskräfte und eine belebte Schützenmatte.

Videoüberwachung ist nur ausnahmsweise einzusetzen. Wäre Videoüberwachung auf das Dach der Reitschule gerichtet, könnte das aber eventuell verhindern, dass Personen auf dieses steigen und von dort zum Beispiel Menschen durch Steinwurf verletzen können.

Nein. Der Nutzen von Videoüberwachung ist umstritten. Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird politisch von liberaler und linker Seite zum Schutz der Privatsphäre abgelehnt. Soziale Interventionen tragen viel mehr zur Sicherheit bei.

Ja, Videoüberwachung erhöht die Sicherheit für Gesetzestreue und macht den Raum für Kriminelle, wie Drogenhändler und Gewalttäter, unsicherer. So können wir auch sicherstellen, dass Kulturevents sicher stattfinden können.

Ja, die bräuchte es dringend, da man sich beispielsweise auf der Grossen Schanze oder der Schützenmatte nachts kaum noch allein aufhalten kann. Abhilfe schaffen könnten eine erhöhte Polizeipräsenz, eine gezielte Nutzung dieser Orte oder eben Kameras.

Wer soll die nächste Ehrenbürgerin oder der nächste Ehrenbürger von Bern werden?

Wir brauchen keine Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger in der Stadt Bern.

Anstatt einzelne Personen hervorzuheben, schlage ich vor, dass wir das Demokratiedefizit in der Schweiz wie in Bern beheben und den 25 Prozent der Menschen, die hier leben und Steuern zahlen, nicht länger das Stimm- und Wahlrecht vorenthalten.

Wir waren kürzlich mit Silvio Flückiger von Pinto unterwegs. Es ist beeindruckend, wie engagiert, flexibel und kreativ er sich seit zwanzig Jahren für die Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzt. Sein Einsatz ist sicher eine Ehrung wert.

Etwa im Sozialbereich wird viel wichtige Arbeit geleistet – beispielsweise in der Gassenarbeit, der Opferhilfe oder der Angehörigenbetreuung. Das sollten wir viel mehr wertschätzen und sichtbar machen.

Mein kleiner Gottebub. Schon jetzt eine Legende.

Schwierige Frage. Bern prägen täglich sehr viele Personen nachhaltig und gut. Aber als Erstes würde ich die emeritierte Professorin Kathrin Altwegg vorschlagen.

Menschen leisten Herausragendes für Bern. Bisher wurden vor allem Leistungen in Wirtschaft und Mäzenatentum geehrt. Als Nächstes könnte sie zum Beispiel an Personen aus Kultur (Bärner Rock), Sport (YB ...), Integration und Wissenschaft (Uni Bern) gehen.

Die Freiwilligen und Ehrenamtlichen in Bern verdienen diesen Titel. Durch ihr Engagement in Sportvereinen, Kirchen oder Nachbarschaftshilfe stärken sie unser soziales Netz und die Gemeinschaft in der Stadt.

Büne Huber. Seine Musik bewegt und verbindet Generationen. Wohl jede Bernerin und jeder Berner kann mindestens ein paar Zeilen eines seiner Lieder mitsingen.

Fotos: Enrique Muñoz García, Peter Klaunzer (2), Raphael Moser (5), Christof Schürpf, Jürg Spori, Beat Mathys, Adrian Moser, Franziska Rothenbühler, Nicole Philipp (2), Manuel Zingg, Marcel Bieri

Berner Regierung will Planung von Tempo 30 stoppen

Revision abwarten Der Berner Regierungsrat ist bereit, die Planung von neuen Tempo-30-Zonen auf sogenannt verkehrsorientierten Strassen einstweilen zu stoppen. Er empfiehlt eine Motion von Samuel Krähenbühl (SVP) zur Annahme. Zunächst solle die Revision des Strassenverkehrsgesetzes abgewartet werden, heisst es zur Begründung. National- und Ständerat verlangen bekanntlich, dass innerorts auf verkehrsorientierten Strassen grundsätzlich Tempo 50 gilt. Auf siedlungsorientierten Strassen soll Tempo 30 angeordnet werden dürfen.

Die konkrete Umsetzung sei noch im Gange, hält der Berner Regierungsrat in seiner am Montag publizierten Antwort fest. Bis das revidierte Strassenverkehrsgesetz vorliege, sei er bereit für ein Moratorium. Davon ausnehmen will er Projekte, die sich bereits in Umsetzung befinden oder deren Planung weit fortgeschritten ist. *(SDA)*

Bernbilingue will neuen Schwung finden

Tourismus und Kultur Bernbilingue ist 1974 vor dem Hintergrund der jurassischen Unabhängigkeitskämpfen gegründet worden. Kürzlich feierte der Verein sein 50-jähriges Bestehen. Mit neuen Gesichtern im Vorstand will er die Zweisprachigkeit weiter fördern und künftig auch ausserhalb des Berner Juras innovativ sein. Die Zweisprachigkeit des Kantons wird oft mit dem Berner Jura in Verbindung gebracht. Esseiva, die Freiburger Wurzeln hat, möchte zu neuen Horizonten aufbrechen. Etwa in Regionen wie Murten oder Gstaad, dem Nachbarn der Greyerzregion. Während der Schwerpunkt von Bernbilingue bisher hauptsächlich auf der Bildung lag, will der neue Vorstand «mutig» sein. Zum Beispiel in den Bereichen Tourismus und Kultur, erklärt Esseiva, die für die FDP im bernischen Grossen Rat sitzt: «Mit dem Weggang von Moutier ist es umso wichtiger, dafür zu sorgen, dass sich die französischsprachige Minderheit nicht ins Abseits gedrängt fühlt.» *(SDA)*

Steuerrechnungen für 2,83 Milliarden Franken verschickt

Dritte Rate Im Kanton Bern wird die dritte und letzte Steuerrate 2024 fällig. Die Steuerverwaltung verschickt in diesen Tagen rund 603'000 Rechnungen, wie sie am Montag mitteilte. Dabei werden insgesamt 2,83 Milliarden Franken für die Kantons- und Gemeindesteuern in Rechnung gestellt. Die Steuerpflichtigen müssen ihre Rechnung bis 20. Dezember begleichen. Wer später zahlt, schuldet einen Verzugszins von vier Prozent. Fürs Steuerjahr 2025 bleiben die Zinsen unverändert, wie die Finanzdirektion bekanntgab. Bei den Kantons- und Gemeindesteuern gewährt der Kanton weiterhin einen Vorauszahlungszins von 0,75 Prozent. Der Verzugszins bleibt bei vier Prozent. *(SDA)*